

Erster ganzheitlicher Gender-Kongress

**Neue Wege in der Geschlechterpolitik /
Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen**

28. November 2015 in Nürnberg

Nürnberg. Vertreter verschiedener Geschlechter-politischer Initiativen forderten auf dem «Deutschen Gender-Kongress» in der Meistersingerhalle in Nürnberg eine faire Balance in der Debatte von Frauen- und Männerrechten ein. Nach Jahrzehnten einer starken Frauenbewegung sollten zunehmend auch die Bedürfnisse von Jungen, Männern und Vätern in den Diskurs einfließen – unter Berücksichtigung der Interessen von Frauen, Kindern und Minderheiten, so die Veranstalter des Treffens.

Vertreter von 32 Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet, Österreich und der Schweiz diskutierten mit 150 Gästen die Themen der Agenda, vorbereitet von den Initiatoren des Kongresses Forum Soziale Inklusion e.V., Mandat e.V. und Väter-Netzwerk e.V.

Grußworte wurden von Parteimitgliedern aus CSU, SPD, FDP und LINKE gehalten.

Nürnbergers Stadtrat Alexander Christ (CSU) hob in seiner Ansprache die Bedeutung des Strebens nach Gleichberechtigung der Geschlechter hervor im Gegensatz zu Forderungen nach Ergebnisgleichheit, wie etwa der Begriff Gleichstellung suggerieren möchte.

Daniel Föst, Generalsekretär der FDP in Bayern, plädierte dafür, tradierte Rollenmodelle und damit „Beschränkungen im Denken“ weiter aufzubrechen. Die Paritätische Doppelresidenz würde zu mehr Entspannung im nahehelichen Umgang der Eltern miteinander führen.

Kurt-Jürgen Bär, Mitglied der Linken Liste Nürnberg, sprach sich für eine neue diskriminierungsfreie Männerbewegung aus.

Arne Gericke, Mitglied im FEMM-Ausschuss des Europäischen Parlaments forderte einen stärkeren Fokus der Politik auf Familien ein.

Cornelia Spachtholz, prominente Vertreterin eines Frauenverbandes und Begründerin des *Equal Pension Days*, wünschte sich gegenseitige Unterstützung für Frauen und Männer, insbesondere durch die gleichberechtigte Betreuung der Kinder nach Auflösung der Paarbeziehung – *shared parenting* - wie in skandinavischen Ländern üblich. So könnten beide Geschlechter ihre jeweiligen Lebensentwürfe entwickeln und zunehmend Betreuungs- und Erwerbsarbeit vereinbaren.

In seinem Einführungsvortrag „Ganzheitliche Geschlechterpolitik“ bekannte sich Gerd Riedmeier, Vorsitzender der Initiative Forum Soziale Inklusion zu Forderungen, die in klassischer Weise linken Positionen entsprechen, wie nach Abschaffung des Ehegattensplittings für Verheiratete. Das Splitting, in den 50er Jahren für eine funktionierende Familienförderung gestanden, sei nicht mehr zeitgemäß: Partnerschaftlich angelegte Lebensmodelle von Müttern und Vätern würden dabei leer ausgehen. Ähnliches gelte für die beitragsfreie Mitversicherung eines Ehepartners beim Alleinverdiener in der Krankenversicherung. Diese Fehlanreize gelte es zu korrigieren.

Als Drittes sprach sich Riedmeier für einen flächendeckenden Ausbau von qualifizierter Ganztagsbetreuung für Kinder an Grund- und weiterführenden Schulen aus. Davon profitierten Kinder, Mütter und Väter. Auch das Problem der Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen könne damit gelöst werden. Analog dazu würde die Diskussion über bestehende „Lohnlücken“ zwischen den Geschlechtern verschwinden: Gut ausgebildete Frauen würden sich in der Folge weit weniger für geringer entlohnte Teilzeit- oder 450-€-Tätigkeiten entscheiden im Bewusstsein, dass ihre Kinder qualifiziert betreut werden.

GENDER - REVISITED!

Kritisch wertete Riedmeier den Auftritt des zuständigen Bundesministeriums und forderte sowohl eine Neubenennung als auch seine inhaltliche Neuausrichtung: Weg vom exkludierenden Ansatz „Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ hin zu einem *inkluisiven* Verständnis. Problematisch sieht Riedmeier die faktisch 100-prozentige Frauenquote an der Spitze des Ministeriums wie auch die Selbstbezeichnung Frau Schwesigs als „Bundesfrauenministerin“. Fühlt sie sich für Männer nicht zuständig?

Skandalös sei die Weigerung des Ministeriums, einen wissenschaftlichen Bericht zur Darstellung der Lebenswirklichkeiten von getrennt lebenden Vätern in Auftrag zu geben. Es existieren Dutzende von Berichten über getrennt lebende Mütter. Sollen Väter mit ihren Bedürfnissen und Nöten durch das Ministerium etwa unsichtbar gemacht werden?

Optimistisch stimme die einstimmige Resolution des Europarats vom September 2015, in der die gleichberechtigte Betreuung der Kinder durch beide Eltern nach Auflösung der Paarbeziehung für alle europäischen Länder als Standard empfohlen wird. Auch die Vertreter der Bundesrepublik – zwei Bundestagsabgeordnete der SPD – hatten dafür gestimmt. Das mache Mut.

Zu diesem Konzept *Shared Parenting* - dem sogenannten Doppelresidenzmodell - referierte Jan Piet de Man vom Internationalen Institut für das Kindeswohl, Belgien.

Die Aussagekraft des *gender pay gaps* – der Lohnlücke zwischen den Geschlechtern - und seine Grenzen wurden von Martin Beck vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden in einem workshop präsentiert.

In den weiteren Arbeitsgruppen wurden verschiedene Themen diskutiert, so die Bildungsmisere von Jungen in Deutschland, der fehlenden Gesundheitsvorsorge für Männer, Familienrechtliches wie Umgangsverweigerungen, Eltern-Kind-Entfremdung, die Rolle der Jugendämter und Unterhaltsproblematiken.

Tabuthemen wurden sensibel und inklusiv angesprochen: Die Frage nach männlichen Opfern häuslicher Gewalt und geschlechterspezifische Unterschiede in der Strafzumessung der Justiz neben weichen Themen wie „geschlechtergerechte Sprache“ oder Geschlechtergerechtigkeit in den Darstellungen der Medien.

Monika Ebeling, die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Goslar, widmete sich in ihrem Vortrag „Zukünftige Geschlechterpolitik“ den Chancen und Risiken dazu. Der alleinige Blick auf ein Geschlecht müsse abgelöst werden durch eine umfassende, öffnende Debatte.

Im Vorfeld des Kongresses gab es den Versuch die Veranstaltung zu verhindern. Auf den Betreiber des angemieteten Konferenzsaals wurde Druck ausgeübt, so dass sich die Veranstalter gezwungen sahen, den Konferenzsaal zu wechseln. Am Veranstaltungstag besuchte eine linksextreme Gruppe (10 sehr junge Frauen und 2 junge Männer) die Veranstaltung. Die Einladung mitzudiskutieren, nahm die Gruppe nicht an. Sie zog es vor, den Vorraum zu verwüsten, um nach wenigen Minuten den Ort zu verlassen.

Zum Ausklang wurde ein Forderungskatalog vorgestellt zur Präsentation von „Wahlprüfsteinen“ Anfang 2016 an die Bundestagsparteien. Diese Forderungen sollen in den Diskurs der Parteien einfließen bei der Erstellung ihres jeweiligen Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017. Alle Initiativen wurden aufgerufen, sich dabei einzubringen und die Endfassung Anfang Januar 2016 zu unterzeichnen.

Kontakt: Gerd Riedmeier

email: presse@forum-social-inclusion.eu

Tel.: 08071 – 510 99 22

website: www.genderkongress.de
